Niederschrift

Nr. der Sitzung	**FA/23/16**
Gremium	**Finanzausschuss**
Datum	**03.12.2019**
Sitzungsdauer:	
Öffentliche Sitzung	14:00 Uhr - 17:32 Uhr
Sitzungsort:	**Markt 2, Rathaus - Ratssaal E.260, 41460 Neuss**

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Formalien, Wahlen usw.

1 Feststellung ordnungsgemäß erfolgte Einladung und Beschlussfähigkeit

2 Genehmigung der Tagesordnung

Beschlussempfehlungen an den Rat

3 Wirtschaftsplan 2020 für das Gebäudemanagement der Stadt Neuss (GMN)

4 Festsetzung von Gebühren 2020 für den Bereich Abfallentsorgung

5 Sporthafen Neuss: Sanierungsmaßnahmen und Verlagerung des Feuerlöschbootes

6 Beratung des Haushaltsplan-Entwurfes 2020

7 Beratung der mittelfristigen Ergebnisplanung 2019 - 2023

8 Beratung des Investitionsprogramms (investive Finanzplanung) 2019 - 2023

9 Erlass einer Hebesatzsatzung für das Jahr 2020

10 Erlass einer Haushaltssatzung für die Stadt Neuss

Anträge

11 Antrag der SPD-Fraktion von 02.10.2019 betr.: Satzung Abfallentsorgung – Biotonne attraktiver machen

12 Antrag der FDP-Fraktion betr. Grundsteuerbremse einführen - Aufkommensneutralität der Grundsteuer sichern

Mitteilungen der Verwaltung

13 Bericht zur aktuellen Haushaltslage

14 Neue Konzepte für die Unterbringung von wohnungslosen Frauen
hier: Detaillierte Finanzplanung

15 Novellierung des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz-KiBiz)
hier: Einschätzung der finanziellen Auswirkungen auf die Stadt Neuss

16 Statusbericht Gebäudereinigung

Anwesend:

Vorsitz

Geerlings, Jörg, Dr.	3. stellv. Bürgermeister

CDU

Goerdt, Joachim	Stadtverordneter
Heyers, Elisabeth	Stadtverordnete
Holt, Anna Maria	Stadtverordnete
Koenemann, Helga	Stadtverordnete
Kracke, Thomas	Stadtverordneter
Mertens-Marl, Monika	Stadtverordnete
Nickel, Thomas	Stadtverordneter
Schäfer, Ingrid	Stadtverordnete
Wellens, Stephanie	Stadtverordnete

SPD

Hohlmann, Gisela	2. stellv. Bürgermeisterin
Jansen, Arno	Stadtverordneter
Kehonjic-Thiede, Mirza	Stadtverordneter
Stroeks, Constanze	Stadtverordnete
Thiel, Heinrich	Stadtverordneter
Vanderfuhr, Marc	Stadtverordneter

Bündnis 90/Die Grünen

Arndt, Ingeborg	Stadtverordnete
Klinkicht, Michael	Stadtverordneter
Zander, Dieter	Stadtverordneter

FDP

Fantini, Hans-Peter	Stadtverordneter
Janßen, Cornelius	Stadtverordneter

Die Linke

Cziesla, Vincent	Stadtverordneter

UWG Neuss/Davarci

Davarci, Deniz	Stadtverordneter

AfD

Kranefuss, Dirk	Stadtverordneter

Piratenpartei/fraktionslos

Hoff, Hugo	Stadtverordneter

Verwaltung

BM: Herr Bürgermeister Breuer; 2: Herr Stadtkämmerer und Erster Beigeordneter Gensler; 3: Herr Beigeordneter Lachmann; 4: Frau Beigeordnete Dr. Zangs; 5: Herr Beigeordneter Hörsken; 6: Herr Beigeordneter Hölters; 7: Herr Beigeordneter Dr. Welpmann; 1B: Frau Paschek, Herren Derichs, Benten, Welter und Fischer; 10: Frau Lauterbach; 11: Herr Beier; 14: Herr Raschke; 95: Herr Groiss und Frau Leißing; 20: Herren Zeiger und Hübner; 25: Herren Medeweller und Richers; 300: Frau Leideritz; 30: Frau Stahlmann; 32: Herr Neumann und Frau Schäpers; 37: Herren Elbinger und Stiller; 40: Herren Habermann und Friedrich; 41: Herr Müller; 500: Frau Karst; 50: Herr Theven; 51: Herr Hübner und Frau Kaup; 53: Herr Murmann; 600: Frau Gondorf; 60: Herr Stege-

mann; 63: Herren Beckers und Schöttler; 61: Herr Unbehaun; 65: Frau Hoffmann, Herren Vogt und Bongartz; 700: Herr Noeppel; 19: Frau Mölleken und Frau Holstein; 52: Herr Talke

Schriftführung
Frau Reipen und Herr Lante

Gäste
Herr Stv. Dr. Sperling (Die Linke), Herr Dr. Stepanek (Leiter CDU-Geschäftsstelle), Frau Wilke (Leiterin Geschäftsstelle Bündnis 90/Die Grünen)

Niederschrift

Öffentlicher Teil

Formalien, Wahlen usw.

TOP 1 Feststellung ordnungsgemäß erfolgte Einladung und Beschlussfähigkeit

Beschluss
Es wird festgestellt, dass zu der Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit vorliegt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss
Der Antrag der FDP – Fraktion betr. „Grundsteuerbremse einführen – Aufkommensneutralität der Grundsteuer sichern“ (TOP 12) wird zusammen mit TOP 9 „Erlass einer Hebesatzsatzung für das Jahr 2020“ beraten.
Der Bericht zur aktuellen Haushaltslage (TOP 13) erfolgt vor der Beratung des Haushaltsplan-Entwurfes 2020 (TOP 6).
Ansonsten wird die Tagesordnung genehmigt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlungen an den Rat

TOP 3 Wirtschaftsplan 2020 für das Gebäudemanagement der Stadt Neuss (GMN)

Beschluss
Der Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements der Stadt Neuss (GMN) für das Jahr 2020 (einschließlich der Finanzplanung 2021 bis 2023) wird unter Berücksichtigung der Änderungen aus den Fachausschüssen und den in der Finanzausschusssitzung beschlossenen Änderungen festgestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Anmerkungen zur Beschlussfassung

Die nachfolgenden Anträge der CDU- und Bündnis 90/Die Grünen-Koalitionsfraktionen werden angenommen:

1. Es werden zusätzliche Mittel in Höhe von 10.000 € im Haushaltsjahr 2020 für die Innenbeleuchtung der „Alten Post“ bereitgestellt.
2. Die Mittel im Wirtschaftsplan des GMN für die automatische Türöffnung der Behinderten WC-Tür in der Jugendeinrichtung „Kontakt Erfttal“ werden nach 2020 vorgetragen.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

Diskussion

Auf Nachfrage von Herrn Cziesla erläutert Herr Lachmann, dass zwischen dem Stellenplan und dem Stellenorganisationsplan, der den Mitgliedern des Hauptausschusses und der AG Personal zur Verfügung gestellt wurde, zu unterscheiden ist. Während der Stellenplan das Gesamtvolumen an Stellen mit ihrer Wertigkeit widergibt, ist im Stellenorganisationsplan jede Stelle mit persönlichen Daten ausgewiesen.
Herr Cziesla erkundigt sich, ob hinsichtlich des Stellenplans des Gebäudemanagements über die Stellenanzahl oder über die Anzahl von Vollzeitäquivalenten beschlossen wird.
Herr Lachmann führt hierzu aus, dass Teil des Beschlusses sowohl der Umfang der Stelle als auch die Anzahl der Stellen und ihre Wertigkeit ist.
Zum Status der Reinigung der Schulen verweist Herr Hölters auf den umfangreichen Bericht des Gebäudemanagements, in dem auch Stellung zu den Fragen des Schulausschusses genommen wird. Zusammenfassend trägt er vor, dass das Gebäudemanagement vorschlägt, im Rahmen der vertraglichen und vergaberechtlichen Vorgaben in den nächsten Sommerferien zusätzliche Reinigungstage in den Schulen zu organisieren bzw. zu beauftragen und mit der Schulleitung die Reinigung des Schulmobiliars abzustimmen. Ferner soll die Terminfolge der Glasreinigung und der Reinigung der Böden in den Schulen organisiert bzw. abgestimmt werden.
Herr Breuer ergänzt, dass die zusätzlichen Kosten für die Grundreinigung von neun Schulen in Höhe von 30.000 € aus dem laufenden Etat des Gebäudemanagements gedeckt werden können. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Geerlings bestätigt Herr Hölters, dass die von den CDU- und Bündnis 90/Die Grünen-Koalitionsfraktionen beantragten Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 € für den Architektenwettbewerb zur Archiverweiterung bereits im Wirtschaftsplan des GMN etatisiert sind.
Hinsichtlich der von den CDU- und Bündnis 90/Die Grünen-Koalitionsfraktionen beantragten Haushaltsmittel in Höhe von 150.000 € für die Pflege des Rennbahnparks bestätigt Herr Gensler, dass diese Mittel nicht im Wirtschaftsplan des GMN veranschlagt werden müssen.
Herr Hoff fordert, dass im Maßnahmenpaket des GMN die Anschaffung von Klimageräten für das Clemens Sels Museum Neuss mit der Priorität 1 eingestuft wird. Schon jetzt können in den Sommermonaten aufgrund des Klimas in den Ausstellungsräumen verschiedene Ausstellungen nicht stattfinden.
Frau Hoffmann geht zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon aus, dass in 2020 ein Architekt mit der Planung beauftragt werden kann. Für die nächste Sitzung des Kulturausschusses sagt sie hierzu einen Statusbericht zu.

TOP 4 Festsetzung von Gebühren 2020 für den Bereich Abfallentsorgung

Beschluss
Unter Billigung der Gebührenkalkulation 2020 vom 29.10.2019 für den Bereich „Abfallentsorgung“ beschließt der Rat, die Gebühren nicht zu ändern.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

TOP 5 Sporthafen Neuss: Sanierungsmaßnahmen und Verlagerung des Feuerlöschbootes

Beschluss
Zur Durchführung einer Kostenschätzung für die Umsetzung von Voruntersuchungen (Boden, Wasser) sowie für die Kosten der Sanierung und Erneuerung ist für 2020 ein Betrag von 50.000,00 € im Budget 1.100.080.424.200.000 - Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen) zu etatisieren.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

TOP 6 Beratung des Haushaltsplan-Entwurfes 2020

Beschluss
1. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Veränderungsnachweisung enthaltenen und in der Sitzung beschlossenen Änderungen in den Haushaltsplan 2020 und seine Anlagen, insbesondere den Stellenplan, einzuarbeiten.
2. Der Stellenplan-Entwurf der Verwaltung unter Einbeziehung von Neuss-Pass und wirtschaftlicher Jugendhilfe wird mit der Maßgabe beschlossen, dass im Rahmen der Stellenplanbewirtschaftung 15 Stellen nicht wiederbesetzt werden.
3. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Übertragung der Anteile an den Kreiswasserwerken an die Stadtwerke Neuss wird grundsätzlich zugestimmt. Einer Erhöhung der Gewinnausschüttung wird nicht zugestimmt, damit den Stadtwerken nicht die langfristige Investitionsmöglichkeit genommen wird, die Verkehrswende in Neuss kraftvoll voran bringen und die Neusser Bäderlandschaft erhalten zu können. Die Gewinnausschüttung der Stadtwerke Neuss GmbH wird entsprechend auf die bisherigen 2,97 Mio. € festgesetzt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, bis spätestens zur Ratssitzung am 19.06.2020 ein umfassendes Konzept vorzulegen, wie der Haushalt der Stadt Neuss mittelfristig strukturell ausgeglichen werden kann.

Abstimmungsergebnis

zu 1.: einstimmig zugestimmt
2 Enthaltungen (2 FDP)
zu 2.: mehrheitlich zugestimmt
16 Ja (10 CDU, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 2 FDP, 1 AfD)
9 Nein (6 SPD, 1 Die Linke, 1 UWG Neuss/Davarci, 1 fraktionslos)
zu 3.: mehrheitlich zugestimmt
15 Ja (10 CDU, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 2 FDP)
9 Nein (6 SPD, 1 Die Linke, 1 AfD, 1 fraktionslos)
1 Enthaltung (1 UWG Neuss/Davarci)
zu 4.: mehrheitlich zugestimmt
9 Nein (6 SPD, 1 Die Linke, 1 UWG Neuss/Davarci, 1 fraktionslos)
0 Enthaltungen

Anmerkungen zur Beschlussfassung

Die geänderte Beschlussempfehlung ergibt sich aufgrund der erfolgten Beratung, in der auch einzeln über die jeweiligen Punkte abgestimmt wurde.
Die Erweiterung der Beschlussempfehlung unter Nummer 2 erfolgt aufgrund eines Formulierungsvorschlages von Herrn Breuer.
Die Beschlusserweiterung um Nummer 3 und 4 erfolgt aufgrund der Änderungsanträge der CDU- und Bündnis 90/Die Grünen-Koalitionsfraktionen, die in der Sitzung vorgelegt wurden.

Im Übrigen umfasst der Beschluss folgende Veränderungen:
- Veränderungsnachweisung zum Haushaltsplan-Entwurf 2020 (Anlage FA 43-2019-1),
- Übersicht der Fachausschussbeschlüsse zum Haushaltsplan-Entwurf 2020 (Anlage FA 43-2019-2),
- Veränderungsanträge gemäß Nummer 3 des Antrages der CDU- und Bündnis 90/Die Grünen-Koalitionsfraktionen, soweit sie den städtischen Haushalt betreffen,
- alle in der Sitzung beschlossenen Veränderungen zum Haushaltsplan 2020 und
- mündlich in der Sitzung vorgetragene Veränderungsnotwendigkeiten.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gestellten Anträge, geführten Diskussionen und Erläuterungen werden im Folgenden geordnet nach Dezernaten dargestellt.

Gesamthaushalt

Festsetzung des Stellenplans und der Stellenübersicht für das Jahr 2020
Der Stellenplan-Entwurf der Verwaltung unter Einbeziehung von Neuss-Pass und wirtschaftlicher Jugendhilfe wird mit der Maßgabe beschlossen, dass im Rahmen der Stellenplanbewirtschaftung 15 Stellen nicht wiederbesetzt werden.

Abstimmungsergebnis
mehrheitlich zugestimmt
16 Ja (10 CDU, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 2 FDP, 1 AfD)
9 Nein (6 SPD, 1 Die Linke, 1 UWG Neuss/Davarci, 1 fraktionslos)

Anmerkung zur Beschlussfassung
Der Formulierungsvorschlag wird von Herrn Breuer vorgetragen.

Über den nachfolgenden Antrag der CDU- und Bündnis 90/Die Grünen-Koalitionsfraktionen wird nicht abgestimmt:

Die Koalitionsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen bitten den Finanzausschuss am 03.12.2019 und den Rat der Stadt Neuss am 13.12.2019 zu beschließen:
Der Stellenplan wird in seinem Umfang von 2019 eingefroren. D.h. zusätzliche Stellen werden nur in dem Umfang eingerichtet, wie sie an anderer Stelle eingespart werden. Von den 34 von der Verwaltung beantragten Stellen werden 19 genehmigt. 15 zusätzliche Stellen werden nicht genehmigt.

Über den nachfolgenden Antrag von Frau Koenemann wird nicht abgestimmt:
Der Beschluss über die Festsetzung des Stellenplanes wird zurückgestellt. Im Januar 2020 wird zunächst eine AG Personal einberufen, in der jede einzelne Mehrstelle zu erläutern ist. Erst dann wird ein entsprechender Beschluss gefasst

Diskussion
Herr Jansen kritisiert, dass aus dem vorgelegten Antrag der Koalitionsfraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen nicht hervorgeht, welche Stellen konkret nicht genehmigt werden. Dabei hat die Verwaltung in vorangegangenen Sitzungen zu diesem Thema den Mehrbedarf ausführlich begründet. Wenn dieser Mehrbedarf nun nicht akzeptiert wird, so sollen die Koalitionsfraktionen auch konkrete Aufgaben benennen, die gestrichen werden sollen.
Herr Thiel wirft die Frage in den Raum, wie viele zusätzliche Stellen aufgrund des von den CDU und Bündnis 90/Die Grünen-Koalitionsfraktionen vorgelegten Antrages entstehen.
Herr Nickel betont die sehr hohe Wertschätzung für die Mitarbeiter im Rathaus. Bei einem Personalvolumen von rund 1.500 Mitarbeiter gibt es jedoch immer Stellen, die unbesetzt sind oder durch Umbesetzung und natürliche Fluktuation frei werden. Deshalb erscheint es ihm durchaus möglich, ein Prozent der Stellen einzusparen, ohne dass dadurch andere Mitarbeiter mit zusätzlicher Arbeit belastet werden. Denn in jedem Bereich gibt es Aufgaben, die sich verändern und dadurch zu einem geringeren Personaleinsatz führen können. Dies schafft dann die Luft für neue Projekte. Die Streichung konkreter Stellen ist jedoch seiner Meinung nach nicht die Aufgabe der Politik.
Herr Cziesla hält Herrn Nickel vor, dass die Mehrarbeit bereits heute anfällt und nicht erst, wenn die Stellen eingerichtet werden. Derzeit können die Aufgaben nur durch Arbeitsverdichtung erledigt werden.
Herr Breuer versteht den Antrag der CDU- und Bündnis 90/Die Grünen-Koalitionsfraktionen so, dass ein Einfrieren des Stellenplans bedeutet, dass die 15 Mehrstellen nicht gewollt sind. Er weist aber auch darauf hin, dass es über die hier diskutierten 15 Mehrstellen des Stellenplanes hinaus noch einen weiteren, zusätzlichen Stellenmehrbedarf für die Bereiche Neuss-Pass und wirtschaftliche Jugendhilfe gibt.
Frau Koenemann erinnert daran, dass der Kämmerer bei der Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfes 2019 darauf hingewiesen hat, dass die Personalkosten davonlaufen. Die Politik hat das strukturelle Defizit des Haushaltes erkannt. Dieses soll durch interne Einsparungen und einen gut organisierten Personalbedarf aufgefangen werden. Das Angebot der Politik, diesen Prozess mit unterjährigen Beratungen über einzelne Stellen in der AG Personal zu begleiten, wurde nicht angenommen.
Bei den nunmehr beantragten Mehrstellen ist in der AG Personal nicht bekannt gegeben worden, um welche Stellen es sich konkret handelt. Auch wurden Fragen seitens der Politik nach unterjährigen Stellenveränderungen, Stelleneinsparungen, spätere Stellenbesetzungen oder nach der Digitalisierung nicht beantwortet.
Sollte auf die Benennung konkret zu streichender Stellen konkret bestanden werden, wäre eine Verabschiedung des Haushaltes in diesem Jahr nicht mehr möglich. Dann muss zunächst die AG Personal im Januar 2020 einberufen werden, da vertrauliche Informationen zu beraten sind.
Herr Thiel weist darauf hin, dass die Politik mit ihren Beschlüssen den Aufgabenrahmen setzt. Er hält es für unverantwortlich, wenn nur zusätzliche Aufgaben beschlossen werden, aber kein adäquates Personal zur Verfügung gestellt wird.
Herr Breuer äußert seine Verwunderung darüber, wie die heutigen Haushaltsberatungen von Teilen des Rates geführt werden. Er betont nochmals für die Verwaltung, dass bei der Einbringung ein ausgeglichener Haushalts- und Stellenplan-Entwurf vorgelegt wurde. Im Rahmen der Haushaltsplan-Beratungen der Fachausschüsse sind jedoch zusätzliche Belastungen von rund zwei Millionen

Euro hinzugekommen. Auch von Landesseite wurden zusätzliche Belastungen für den Haushalt der Stadt Neuss beschlossen. Darüber hinaus werden in fast jeder Ratssitzung neue Aufgaben für die Verwaltung definiert. Diese neuen Aufgaben können aber nur mit entsprechenden Personal- und/oder Sachkosten erledigt werden. Natürlich sind Personaleinsparungen möglich. Dies geht aber nur, wenn man sich damit beschäftigt, welche Aufgabe in welchem Umfang und wie (z. B. durch Dritte) erledigt wird. Eine Konsolidierung bedarf der Aufgabenkritik. Aber genau dieser Aufgabenkritik entzieht sich die Politik. Erst 2017 hat die Verwaltung entsprechende Vorschläge im Rahmen der Aufgabenkritik unterbreitet. Diese Vorschläge können gerne erneut vorgelegt werden. Natürlich steht es dem Rat auch frei, den Haushalt abzulehnen. Er muss sich dann nur der Konsequenzen seines Handelns bewusst sein.
Die hier diskutierten 15 Mehrstellen sind alle Folgen von Ratsbeschlüssen. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass alle gestellten Fragen sowohl in der AG Personal wie auch im Hauptausschuss beantwortet wurden. Sollten dennoch offene Fragen vorliegen, so ist die Verwaltung gerne bereit, diese zu beantworten.
Herr Lachmann mahnt an, dass er als Personaldezernent neben der Verantwortung für den Personaletat auch eine Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern der Verwaltung hat. Dieser Fürsorgepflicht kann er im Augenblick nur bedingt hinreichend nachkommen. Sowohl der Personalrat wie auch die hausinternen Gremien (Arbeitskreis Gesundheit und Arbeitskreis Arbeitssicherheit) haben auf die derzeitige Belastungssituation hingewiesen.
Er macht darauf aufmerksam, dass ein Ratsbeschluss zu Mehrstellen bedeutungslos ist, wenn diese Stellen nicht entsprechend im Stellenplan nachgezogen werden. Aus der Anlage zur Stellenplanvorlage ist im Einzelnen erkennbar, welche zusätzliche Stelle welche Aufgabe übernehmen soll. Hier spielen unter anderem gesetzliche Aufgabenverlagerungen, vom Rat beschlossene neue Aufgaben und vom Rat festgelegte Standards eine Rolle.
Bestehende Stellen werden bei jeder Neubesetzung auf ihre Notwendigkeit und ihre Ausgestaltung hin überprüft. Auch werden sukzessive Organisationsuntersuchungen durchgeführt.
Am Ende bleibt jedoch die Frage, welche strategischen Ziele und Schwerpunkte gesetzt werden. Wenn weiterhin viele Leistungen angeboten werden sollen, so muss auch mehr Personal eingesetzt werden, um die gestellten Aufgaben wahrzunehmen.

Herr Janßen übernimmt von 15:37 Uhr bis 15:39 Uhr den Ausschussvorsitz.

Nach Meinung von Herrn Cziesla wäre es heilsam, wenn nur noch die Aufgaben geleistet werden, für die auch Personal vorhanden ist. Bereits heute wird von den Mitarbeitern der Verwaltung Mehrarbeit geleistet. Die Verweigerung der Mehrstellen führt zu einer weiteren Arbeitsverdichtung, die dann das Fundament der Konsolidierung sein soll. Auch kann er den Vorwurf nicht nachvollziehen, es wäre seitens der Verwaltung nicht ausreichend informiert worden.
Herr Klinkicht widerspricht dem Bürgermeister in seiner Behauptung, der Haushaltsplan-Entwurf der Stadt Neuss sei ausgeglichen. Der Ausgleich ist vielmehr nur durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage möglich. Er sieht auch die Notwendigkeit einer mittelfristigen Haushaltskonsolidierung. Es stellt sich also die Frage, ob dann das Leistungsspektrum eingeschränkt wird oder sogar noch ausgeweitet werden soll. Darüber hinaus fehlen ihm noch Informationen dazu, welche Bereiche noch Luft haben und welche überlastet sind. So könnten zum Beispiel lange unbesetzte Stellen wie die der Reinigungskräfte beim Gebäudemanagement möglicherweise gestrichen werden, wenn eine Neubesetzung nicht angestrebt wird.
Frau Schäfer erinnert daran, dass in einem ersten Schritt eine konkrete Analyse der einzelnen, vorhandenen Stellen durchgeführt werden sollte. Bis heute wurden hierzu jedoch keine Ergebnisse vorgelegt. Sie kritisiert auch, dass der Bürgermeister bislang nicht darüber informiert hat, wie einzelne Mitarbeiter möglicherweise optimaler eingesetzt werden können und ob deren Stelle nach einem Wechsel aufgrund einer veränderte Aufgabenstruktur gestrichen werden kann. Diese Vorarbeiten sind ihrer Meinung nach zunächst zu erledigen, bevor neue Stellen beschlossen werden. Auch sie betont die hohe Wertschätzung für die Mitarbeiter der Verwaltung, deren Wohlergehen immer berücksichtigt werden muss.
Herr Breuer stellt klar, dass die Verwaltung ständig Aufgabenkritik betreibt. Dies zeigt ja auch das interne Verfahren zur Aufstellung des Stellenplanes. Nicht jeder gemeldete Mehrbedarf wird auch akzeptiert.

Herr Lachmann bestätigt, dass bei jeder frei werdenden Stelle geprüft wird, ob diese noch notwendig ist und in ihrer Ausgestaltung so bleibt. Auch werden ständig Organisationsuntersuchungen innerhalb der Verwaltung durchgeführt. Bei den von Frau Schäfer eingeforderten Informationen handelt es sich aber um operative Werkzeuge, die die Verwaltung auf Wunsch zur Verfügung stellen könnte. Für ihn ist aber der Zeitpunkt gekommen, an dem der Rat strategische Entscheidungen zu Aufgabenschwerpunkten treffen sollte. Die Umsetzung ist dann Sache der Verwaltung.
Herr Breuer erläutert vor der Abstimmung nochmals, dass es eines konkreten Beschlusses bedarf, wenn eine Abweichung zum vorgelegten Stellenplan-Entwurf beschlossen werden soll. Den Äußerungen von Herrn Jansen entnimmt er, dass dann über jede einzelne Mehrstelle abgestimmt werden soll.
Auf Nachfrage von Herrn Dr. Geerlings führt Herr Lachmann aus, dass theoretisch an jeder Stelle im Stellenplan ein Sperrvermerk möglich ist. Das Problem ist dann aber, wer die Aufgabe auf der frei werdenden Stelle erledigt. Diese müsste dann zwingend entfallen.

Von 16.45 Uhr bis 16.54 Uhr wird eine Sitzungspause aufgrund des Beratungsbedarfes der Verwaltung eingelegt.

Stellen für Reinigungskräfte beim Gebäudemanagement
Der nachfolgende Antrag von Herrn Cziesla wird abgelehnt:
Die nicht besetzten Stellen für Reinigungskräfte beim Gebäudemanagement werden nicht aus dem Stellenplan gestrichen.

Abstimmungsergebnis
mehrheitlich abgelehnt
1 Ja (Die Linke)

Diskussion
Herr Lachmann erläutert, dass es sich in Summe um 24 Stellen mit einer Wertigkeit von je 42.000 € handelt. Wenn der Auftrag erteilt wird, diese Stellen wiederzubesetzen, führt dies zu Personalmehraufwendungen von rund 1 Mio. €.

Konzept zum mittelfristigen, strukturellen Haushaltsausgleich
Der nachfolgende Antrag gemäß Nummer 2 des Veränderungsantrages der Koalitionsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen wird angenommen:
Die Verwaltung wird beauftragt, bis spätestens zur Ratssitzung am 19.06.2020 ein umfassendes Konzept vorzulegen, wie der Haushalt der Stadt Neuss mittelfristig strukturell ausgeglichen werden kann.

Abstimmungsergebnis
mehrheitlich zugestimmt
9 Nein (6 SPD, 1 Die Linke, 1 UWG Neuss/Davarci, 1 fraktionslos)
0 Enthaltungen

Anmerkung zur Beschlussfassung
Herr Jansen beantragt eine getrennte Abstimmung der Punkte 1 und 2 des Antrages der Koalitionsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen.

Übersicht über die Beschlüsse der Fachausschüsse
Die in der Anlage FA 43-2019-2 enthaltenen Beschlüsse der Fachausschüsse werden in den Haushaltsplan 2020 eingearbeitet

Abstimmungsergebnis
einstimmig

Dezernat 2 – Wirtschaftsförderung, Finanzen und Liegenschaften

Konzept zur Bestanderhaltung von Handwerks- und Kleinbetrieben
Die in der Übersicht über die Beschlüsse der Fachausschüsse auf Seite F8 enthaltene Veränderung wird in den Haushaltsplan eingearbeitet.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt
0 Nein
2 Enthaltungen (2 FDP)

Dezernat 4 – Schule, Bildung und Kultur

Prüfung Kombination Kulturtickets mit Berechtigung zur An- und Abreise den ÖPNV zu nutzen
Diskussion
Herr Breuer weist darauf hin, dass ein Prüfauftrag nicht in den Haushaltsplan eingearbeitet werden kann und er damit hier nicht zur Abstimmung gestellt werden kann.

Dezernat 5 – Jugend, Integration und Soziales

Hilfe für Frauen in Notlagen
Der nachfolgende Antrag von Herrn Cziesla und Frau Holt wird angenommen:
Die in der Übersicht über die Beschlüsse der Fachausschüsse auf Seite F18 enthaltenen Mittel für die Hilfe für Frauen in Notlagen in Höhe von rund 300.000 € werden ohne Sperrvermerk in den Haushaltsplan 2020 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis
einstimmig

Neuss-Pass
Der nachfolgende Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen wird angenommen:
Die für den Neuss-Pass erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 300.000 € werden verteilt über den gesamten Haushalt in den Haushaltsplan 2020 eingearbeitet.

Abstimmungsergebnis
mehrheitlich zugestimmt
4 Nein (2 FDP, 1 AfD, 1 UWG Neuss/Davarci)
0 Enthaltungen

Der nachfolgende Antrag von Herrn Janßen wird abgelehnt:
Der Neuss-Pass wird nicht eingeführt.

Abstimmungsergebnis
mehrheitlich abgelehnt
4 Ja (2 FDP, 1 AfD, 1 UWG Neuss/Davarci)
0 Enthaltungen

Reduzierung der Trägerzuschüsse
Frau Konenemann zieht den nachfolgenden Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen zurück:
Die im Jugendhilfeausschuss vorgelegten Zuschussanträge Nr. 2 - 8, 10, 14 und 16 der Träger werden auf 80 % gekürzt.

Novellierung des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz-KiBiz)
Diskussion
Herr Hörsken erläutert, dass aus dem novellierten KiBiz für die Stadt Neuss voraussichtlich zusätzliche Kosten von rund vier Millionen Euro pro Jahr erwachsen. Diese ergeben sich aus zu erwartende Mehrkosten im Bereich der Trägerzuschüsse in Höhe von elf Millionen Euro, denen höheren Einnahmen von voraussichtlich sieben Millionen Euro gegenüberstehen. Über die finanziellen Auswirkungen der übrigen KiBiz-Änderungen kann die Verwaltung derzeit keine verlässliche Aussage treffen.
Herr Janßen erkundigt sich danach, ob die freiwilligen Zuschüsse an die Träger nicht gekürzt werden können.
Herr Breuer kritisiert, dass die Mittel aus dem KiBiz auch nach der jetzigen Änderung nicht auskömmlich bemessen sind. Deshalb ist es auch den Trägern nicht möglich, den gesetzlichen Eigenanteil zu erbringen. Würden die freiwilligen Zuschüsse gekürzt oder gestrichen, so würden die Träger abspringen.

Dezernat 6 – Planung, Bau und Verkehr

Planungskosten Regiobahn
Diskussion
Herr Breuer macht darauf aufmerksam, dass lediglich weitere 20.000 € in den Haushaltsplan 2020 eingestellt werden müssen, wenn Gesamtkosten von 110.000 € zur Verfügung gestellt werden sollen. 90.000 € sind bereits im Haushalt 2019 etatisiert.
Frau Schäfer erklärt sich mit dem Vorschlag von Herrn Breuer einverstanden, wenn die 90.000 € am Jahresende vorgetragen werden.

Dezernat 7 – Umwelt, Klima und Sport

Sandreinigung auf Kinderspielplätzen
Der nachfolgende Antrag von Frau Schäfer wird angenommen:
Der im Haushaltsplan-Entwurf enthaltene Ansatz für Sandreinigung kann um 15.000 € reduziert werden.

Abstimmungsergebnis
einstimmig

Pflege des Rennbahnparks

Diskussion

Herr Gensler weist darauf hin, dass die Mittel Bestandteil des städtischen Haushaltes sind.
Herr Zeiger erklärt, dass die LVN für einen Teil des Gesamtgeländes sowohl die Pflege als auch die Verkehrssicherungspflicht von der Neuss Marketing GmbH übernimmt. Der Restbereich des Rennbahnparks soll durch das Umweltamt bewirtschaftet werden. Aufgrund dessen müssen Mittel in Höhe von 100.000 € aus dem Zentralhaushalt ins Budget des Umweltamtes verlagert werden. Somit sind von den beantragten Mitteln lediglich noch 50.000 € zusätzlich im Haushaltsplan 2020 der Stadt Neuss bereitzustellen.

Klimaschutzfond

Der nachfolgende Antrag von Herrn Cziesla wird abgelehnt:
Die Verwaltung wird aufgefordert, einen kommunalen Klimaschutzfonds in Neuss einzurichten. Für das Jahr 2020 wird eine Million Euro für den Klimaschutzfonds eingestellt. In den Folgejahren 2021 und 2022 sind weitere Einlagen in Höhe von jeweils 2 Millionen vorzunehmen.
Die Refinanzierung erfolgt durch den Verkauf der RWE-Aktien.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt
3 Ja (2 SPD, 1 Die Linke)
0 Enthaltungen

Diskussion

Aufgrund einer Rückfrage von Herrn Dr. Geerlings erläutert Herr Gensler, dass Veränderungen bei den Finanzanlagen immer zu Gunsten oder zu Lasten der Allgemeinen Rücklage gehen. Deshalb kann aus dem Verkauf der RWE-Aktien kein ergebniswirksamer Ausgleich generiert werden.

Zentrale Finanzwirtschaft

Gewinnausschüttung der Stadtwerke Neuss GmbH

Der nachfolgende Antrag gemäß Nummer 1 des Veränderungsantrages der Koalitionsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen wird angenommen:
Die von der Verwaltung vorgeschlagene Übertragung der Anteile an den Kreiswasserwerken an die Stadtwerke Neuss wird grundsätzlich zugestimmt. Einer Erhöhung der Gewinnausschüttung wird nicht zugestimmt, damit den Stadtwerken nicht die langfristige Investitionsmöglichkeit genommen wird, die Verkehrswende in Neuss kraftvoll voran bringen und die Neusser Bäderlandschaft erhalten zu können. Die Gewinnausschüttung der Stadtwerke Neuss GmbH wird entsprechend auf die bisherigen 2,97 Mio. € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt
15 Ja (10 CDU, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 2 FDP)
9 Nein (6 SPD, 1 Die Linke, 1 AfD, 1 fraktionslos)
1 Enthaltung (1 UWG Neuss/Davarci)

Anmerkung zur Beschlussfassung

Herr Jansen beantragt eine getrennte Abstimmung der Punkte 1 und 2 des Antrages der Koalitionsfraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Diskussion
Herr Breuer stellt klar, dass die durch den Antrag wegfallenden Erträge aus der Ausgleichsrücklage aufgefangen werden müssen. Im Beteiligungsausschuss am 05.12.2019 wird es aber eine Vorlage mit einer Gesamtvorschau der Ergebnisentwicklung der wesentlichen städtischen Beteiligungen geben. Die Vorlage enthält darüber hinaus eine Darstellung der Ergebnisanteile, die die kommunalen Beteiligungen in den Jahren 2007 bis 2017 schon erwirtschaftet haben und die als Gewinnrückstellungen oder –rücklagen gebildet wurden. Die entsprechende Vorlage gibt er dem Finanzausschuss zur Kenntnis, damit die Zahlen bei der Beratung des Haushaltes berücksichtigt werden können. Vor dem Hintergrund dieser Zahlen hält er es für durchaus legitim, Konsolidierungspotentiale der kommunalen Unternehmen heranzuziehen. Die Vorlage zeigt auch, welche Ausgleichspotentiale noch in anderen Bereichen des Konzerns vorhanden sind.
Herr Jansen spricht sich gegen eine Verringerung der Gewinnausschüttung aus. Angesichts der vorgetragenen Zahlen kann auch nicht die Rede davon sein, dass den Stadtwerken die langfristige Investitionsmöglichkeit genommen wird.
Herr Zander plädiert dafür, die Gewinne bei den Stadtwerken zu belassen, da auf sie gewaltige Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes zukommen. Zudem sind bei jeder Gewinnausschüttung Gelder an das Finanzamt abzuführen.
Frau Heyers weist darauf hin, dass die Höhe der im Haushaltsplan-Entwurf veranschlagten Gewinnausschüttung nicht mit den Stadtwerken abgestimmt ist. Angesichts zukünftiger Auf- und Ausgaben zum Beispiel im Rahmen des Klimaschutzes oder aufgrund noch ausstehender Entscheidungen des Bundesfinanzhofes sind die Stadtwerke auf ihre vorhandenen Rücklagen angewiesen. Darüber hinaus müssen für eine Gewinnausschüttung auch die entsprechenden liquiden Mittel vorhanden sein.
Herr Stadtkämmerer Gensler wehrt sich gegen den Vorwurf eines Beutezuges bei den Stadtwerken. Es geht nicht darum, aus den Stadtwerken Geld abzuziehen, um den städtischen Haushalt auszugleichen. Die erhöhte Gewinnausschüttung entspricht vielmehr dem Wert der übertragenen Anteile an den Kreiswasserwerken. Und eine bloße Übertragung der Anteile an die Stadtwerke ohne einen entsprechenden Rückfluss ist seiner Meinung nach angesichts der geführten Diskussion zum Stellenplan keine verantwortungsvolle Finanzpolitik.

Globaler Minderaufwand
Der nachfolgende Antrag von Herrn Cziesla wird abgelehnt
Der im Haushaltsplan-Entwurf der Stadt Neuss etatisierte globale Minderaufwand wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis
mehrheitlich abgelehnt
1 Ja (Die Linke)

Globaler Minderaufwand im Haushalt des Rhein-Kreis Neuss
Der nachfolgende Antrag der SPD-Fraktion wird abgelehnt:
Der Finanzausschuss der Stadt Neuss fordert den Rhein-Kreis Neuss auf, Maßnahmen zu ergreifen, um das dauerhafte Ansteigen der allgemeinen Kreisumlage zu bremsen. Hierfür soll der Kreis in einem ersten Schritt das neu geschaffene finanzplanerische Instrument des globalen Minderaufwands im Haushalt 2020 einsetzen und in dem Umfang die Kreisumlage nicht erheben.

Abstimmungsergebnis
mehrheitlich abgelehnt
8 Ja (6 SPD, 1 UWG Neuss/Davarci, 1 fraktionslos)
1 Enthaltung (Die Linke)

TOP 7 Beratung der mittelfristigen Ergebnisplanung 2019 - 2023

Beschluss
Unter Berücksichtigung der Veränderungen aus den Fachausschussberatungen und den in der Sitzung gefassten Beschlüssen wird die mittelfristige Ergebnisplanung zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt
1 Enthaltung (AfD)

TOP 8 Beratung des Investitionsprogramms (investive Finanzplanung) 2019 - 2023

Beschluss
Das Investitionsprogramm (investive Finanzplanung) 2019 – 2023 wird unter Berücksichtigung der Veränderungen aus den Fachausschussberatungen und den in der Sitzung gefassten Beschlüsse beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

TOP 9 Erlass einer Hebesatzsatzung für das Jahr 2020

Beschluss
Die als Anlage beigefügte Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für Realsteuern der Stadt Neuss wird in der dem Original der Niederschrift beifügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

TOP 10 Erlass einer Haushaltssatzung für die Stadt Neuss

Beschluss
Unter Berücksichtigung der Fachausschussberatungen und den in der Sitzung gefassten Beschlüsse wird die Haushaltssatzung der Stadt Neuss für das Haushaltsjahr 2020 mit Anlagen in der dem Original der Niederschrift beigefügten Fassung beschlossen.
Aufgrund der Verabschiedung der Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Realsteuern der Stadt Neuss für das Haushaltsjahr 2020 haben die in § 6 der Haushaltssatzung genannten Steuersätze für die Gemeinde nur deklaratorische Bedeutung.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt
3 Enthaltungen (2 FDP, 1 AfD)

Anträge

TOP 11 Antrag der SPD-Fraktion von 02.10.2019 betr.: Satzung Abfallentsorgung – Biotonne attraktiver machen

Beschluss

Der nachfolgende Antrag wird in die nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grünflächen verwiesen:
Die Verwaltung soll gemeinsam mit der Abfall- und Wertstofflogistik Neuss die Satzung für Abfallentsorgung überarbeiten. Dabei sollen insbesondere folgende Punkte miteinbezogen werden:

1. Die Biotonne wird in der Satzung gleichgestellt mit der Eigenkompostierung im heimischen Garten. Daher soll der §12 Abs.5 entfallen. Außerdem soll in §12 Abs. 1 der Satzung eine Biotonne mit einem Fassungsvolumen von 120 Litern für Besitzer kleiner oder innerstädtischer Gärten zugelassen werden.

2. In die Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Neuss ist als Anlage eine Tabelle mit den Zuordnungen der Behältergrößen und Leerungshäufigkeiten zu den Personen pro Haushalt beizufügen.

3. Darüber hinaus soll die Satzung hinsichtlich eventueller rechtlicher Änderungen seit dem Jahr 2006 geprüft werden.

Abstimmungsergebnis

verwiesen

Anmerkungen zur Beschlussfassung

Die Verweisung erfolgt auf Antrag von Frau Schäfer.

TOP 12 Antrag der FDP-Fraktion betr. Grundsteuerbremse einführen - Aufkommensneutralität der Grundsteuer sichern

Beschluss

Der Rat der Stadt Neuss beschließt zur Sicherung der Aufkommensneutralität der Grundsteuer im Rahmen einer Selbstverpflichtung zu gewährleisten, dass die Hebesätze nach Inkrafttreten der Reform der Grundsteuer so anzupassen sind, dass das Aufkommen aus der Grundsteuer maximal konstant bleibt und Abweichungen hiervon in Einzelfällen detailliert zu begründen sind.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt
3 Ja (2 FDP, 1 AfD)

Diskussion

Herr Gensler führt aus, dass die Verwaltung derzeit noch nicht in der Lage ist eine Prognose zum künftigen Grundsteueraufkommen abzugeben, weil sich der Gesetzgeber noch nicht dazu bekannt hat, ob das Land NRW den bundesweiten Maßstab übernimmt oder ein eigenes Grundsteuermodell für Nordrhein – Westfalen einführt. Erst danach ist die Verwaltung in der Lage eine Prognose zum voraussichtlichen Grundsteueraufkommen abzugeben.
Herr Jansen sieht sich heute nicht in der Lage, über den FDP– Antrag abzustimmen, weil zum heutigen Zeitpunkt die Rahmenbedingungen noch nicht bekannt sind.

Mitteilungen der Verwaltung

TOP 13 Bericht zur aktuellen Haushaltslage

Die Mitteilung der Verwaltung lag den Mitgliedern des Finanzausschusses vor.

TOP 14 Neue Konzepte für die Unterbringung von wohnungslosen Frauen
hier: Detaillierte Finanzplanung

Die Mitteilung der Verwaltung lag den Mitgliedern des Finanzausschusses vor.

TOP 15 Novellierung des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz-KiBiz)
hier: Einschätzung der finanziellen Auswirkungen auf die Stadt Neuss

Die Mitteilung der Verwaltung lag den Mitgliedern des Finanzausschusses vor.

Diskussion

Die Diskussion zu diesem Punkt ist unter TOP 6 „Beratung des Haushaltsplan-Entwurfes 2020“ protokolliert.

TOP 16 Statusbericht Gebäudereinigung

Die Mitteilung der Verwaltung lag den Mitgliedern des Finanzausschusses vor.

Diskussion

Die Diskussion zu diesem Punkt ist unter TOP 3 „Wirtschaftsplan 2020 für das Gebäudemanagement der Stadt Neuss (GMN)“ protokolliert.

Vorsitz Jörg Geerlings	stellv. Vorsitzender (15:37 Uhr – 15:39 Uhr) Cornelius Janßen
Ausschussmitglied Cornelius Janßen	stellv. Ausschussmitglied (15:37 Uhr – 15:39 Uhr) Dieter Zander
Schriftführung Sandra Reipen	Schriftführung Rainer Lante